

Kural, Václav: *Konflikt místo společnosti? Češi a Němci v československém státě (1918–1938)* [Konflikt anstatt Gemeinschaft? Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen Staat (1918–1938)].

Nakladatelství R, Praha 1993, 271 S.

Kural stellt sich die Frage: „War die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik historisch gerechtfertigt, und wenn ja, wie hat sich die tschechoslowakische Staatlichkeit bewährt?“

Seit 1848 hatten sich tschechische Politiker immer wieder um die Föderalisierung der Habsburgermonarchie bemüht. Nach 70 Jahren vergeblicher Anläufe hatte die Idee der Föderalisierung ihre Attraktivität verloren. Die Gefahr eines deutsch beherrschten Mitteleuropa, verschärft durch die kriegsbedingte soziale Not zog denjenigen tschechischen Politikern den Boden unter den Füßen weg, die noch während des Ersten Weltkrieges für einen tschechisch-deutschen Ausgleich innerhalb der Habsburgermonarchie eintraten. Kural kommt zu dem Schluß, daß der Erste Weltkrieg die Tschechen vor die Alternative Großdeutschland oder Aufteilung Mitteleuropas in kleine Staaten gestellt habe.

Auf tschechischer Seite gab es Politiker, die sich dafür aussprachen, die Grenze des neuen Staates zwischen der historischen und der deutsch-tschechischen Sprachgrenze zu ziehen und damit die deutsche Minderheit innerhalb des Staates zu verringern. Solche nüchternen Erwägungen konnten sich in der nationalen Hochstimmung der ersten Nachkriegsjahre nicht durchsetzen. Kurals Annahme, daß die Absicht der Großmächte, jede territoriale Erweiterung Deutschlands zu verhindern, letztlich auch ihre Position zu diesen Kompromißvorschlägen bestimmte, teile ich nicht. Schließlich hätte der Gewinn des Egerlands sowie einiger kleinerer Landzungen keineswegs die gleichzeitigen territorialen Verluste Deutschlands ausgeglichen.

Nicht als Betrug, sondern als „nicht zu Ende gedacht“ und mißverständlich bezeichnet Kural Beneš Formulierung im *Memoire III* über das Schweizer Vorbild für den künftigen Staat. Als Reaktion auf den Sezessionsversuch der Sudetendeutschen und mit der Angst vor seiner Wiederholung erklärt er die Zurückweisung sudetendeutscher Vorschläge zur Föderalisierung des Staates und den Ausschluß deutscher Vertreter von der Arbeit an der Verfassung. Deshalb auch hätten Masaryk und Beneš in der Auseinandersetzung mit Karel Kramář ihre Konzeption nur zum Teil durchsetzen können, nämlich weder den deutschen Landsmannminister noch die Zweisprachigkeit Prags, die 2–3 deutschen Gauen oder den Rang der deutschen als zweiter Landessprache.

Im Zentrum der Darstellung steht die Frage des Konflikts bzw. der Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Sudetendeutschen, d. h. des sudetendeutschen „Negativismus“ bzw. „Aktivismus“ und der entsprechenden Positionen auf tschechischer Seite. Kural weist darauf hin, daß Ministerpräsident Vlastimil Tusar 1920 den deutschen Sozialdemokraten für den Fall eines Eintritts in die Regierung die Errichtung von Kreisen mit deutscher Mehrheit und damit mehr als Antonín Švehla im Jahre 1926 angeboten hat. In der Ablehnung des Sozialdemokraten Josef Seliger sieht er eine erste, in der Zurückweisung der deutschen bürgerlichen Parteien im Jahre 1921, in die Regierung einzutreten, eine zweite verpaßte Chance. Eine solche Gelegenheit sollte

sich besonders wegen des Widerstandes der Nationaldemokraten gegen Konzessionen an die Deutschen erst 1926 wieder bieten. Die Regierungsbeteiligung der deutschen Agrarier und Klerikalen war jedoch nur ein Nebenprodukt des Rechtsrucks in der tschechischen Politik und nicht Teil oder Ergebnis eines Ausgleichs zwischen Tschechen und Sudetendeutschen. Švehla und Milan Hodža ließen damals nach Kural's Meinung die dritte Chance vorübergehen, einen Schritt vom National- zum Nationalitätenstaat zu machen. Die deutschen Aktivisten erreichten auf nationalpolitischer Ebene nicht nur nichts, sondern mußten sogar noch Verschlechterungen hinnehmen, wie die Bildung von Ländern mit nicht-deutscher Mehrheit statt von deutschen Kreisen.

In einem Exkurs hat Kural eine „zehnjährige Bilanz“ zusammengestellt, und zwar in bezug auf den Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung, den deutschen Kapital- und Grundbesitz, den Anteil der Deutschen an den Arbeitslosen sowie in bezug auf die Entwicklung der Selbstverwaltung, des Sprachenrechts und des Schulwesens. Er kommt zu dem Schluß, daß die Entwicklung in den ersten zehn Jahren zu einer „gewissen wenngleich nicht vollkommenen Koexistenz mit Hoffnung auf weitere Verbesserung“ geführt habe.

Diese Aussicht wurde durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise zerstört, die mehr als doppelt so viele Sudetendeutsche wie Tschechen arbeitslos machte. Kural schließt sich Ferdinand Seibts Urteil an, daß „nicht der Umfang allein, [...] sondern auch die Dauer der Arbeitslosigkeit ein wichtiger Faktor der deutschen Staatsverdrossenheit“ war<sup>1</sup>, zumal sich die reichsdeutsche Wirtschaft schneller erholte als die tschechoslowakische.

Kural betont im Gegensatz zu früheren Darstellungen tschechischer Historiker die Diskontinuität zwischen der Führung der alten negativistischen Parteien und der *Sudetendeutschen Heimatfront* bzw. der *Sudetendeutschen Partei*. Ihre Wähler allerdings hofften auf eine ähnliche soziale und nationale Entwicklung wie im Deutschen Reich. Die „Jungaktivisten“ konnten keine Erfolge vorweisen. Denn die tschechoslowakische Regierung raffte sich zu keiner Wirtschaftshilfe für die Grenzgebiete auf. Eine Föderalisierung des Staates oder auch nur eine Kultur- und Schulautonomie in den deutschen Gebieten hätte ihre Anhänger sowie die tschechische Minderheit der Übermacht der SdP ausgeliefert.

Bei der Analyse des Gegensatzes zwischen dem *Kameradschaftsbund* und dem nationalsozialistischen Flügel innerhalb der SdP folgt Kural im wesentlichen der Darstellung Ronald M. Smelsers. Präsident Edvard Beneš und die Regierung konnten sich zu keiner entschiedenen Politik in der sudetendeutschen Frage durchringen: Weder versuchten sie, 1935 den autonomistischen Flügel der SdP durch das Angebot einer Regierungsbeteiligung gegen die Separatisten noch 1936 die „Aktivisten“ durch tatsächliche Zugeständnisse gegen die SdP zu stärken. Die Reaktion der Regierung auf das bescheidene Reformprogramm der deutschen Aktivisten vom Januar 1937 war enttäuschend und diskreditierte die sudetendeutschen Demokraten.

<sup>1</sup> Seibt, Ferdinand: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. München 1993, 326.

Kural hebt die Beharrlichkeit hervor, mit der Tomáš G. Masaryk und Beneš an ihrer ursprünglichen Konzeption, besonders an der Dezentralisierung festgehalten hätten, die den Deutschen 2–3 selbstverwaltete Kreise gewähren sollte. Dennoch bleibt die Frage: Konnten sie sich 18 Jahre lang nicht durchsetzen, oder räumten sie dem tschechisch-deutschen Ausgleich eben doch keine Priorität ein und ließen die Regierung „fortwursteln“, wie Kural die Politik der Regierung wiederholt charakterisiert?

In den letzten beiden Jahren der Republik stand die Verteidigung der Republik gegen die nationalsozialistische Bedrohung im Vordergrund. Die tschechischen Linksparteien und die „Burg“ differenzierten zwischen Nazi-Deutschland und der SdP auf der einen und den deutschen Demokraten innerhalb und außerhalb der Republik auf der anderen Seite. Soweit diese Asyl in der Tschechoslowakei suchten, konnten sie auf finanzielle und moralische Unterstützung rechnen. Nach dem Anschluß Österreichs entstand eine außerparlamentarische Massenbewegung gegen alle Konzessionen an die SdP, die die Einheit und die demokratische Struktur des Staates gefährden könnten. Der „Petitionsausschuß Wir bleiben treu“ sammelte über eine Million Unterschriften unter seinen Aufruf zum Widerstand. In seinem Ständigen Ausschuß fanden diejenigen Gruppen zusammen, die während der ersten Jahre der deutschen Besatzung den Widerstand fortsetzen sollten.

Kural kommt zu dem Schluß, daß die Gründung der Tschechoslowakei zur „Schwächung der mitteleuropäischen Stabilität und Homogenität“ gegenüber den Flügelmächten beigetragen habe. Das in Versailles geschaffene Mitteleuropa sei aber nicht nur durch seine inneren Schwächen, sondern vor allem wegen des Verzichts seiner Garantiemächte Frankreich und England auf militärischen Widerstand, dessen Erfolgsaussichten Kural positiv beurteilt, zugrundegegangen. Diesem Verzicht sei auch die mögliche Umwandlung der Tschechoslowakei vom „National“- in einen „Nationalitätenstaat“ und die Entwicklung der Sudetendeutschen zum „zweiten Staatsvolk“ zum Opfer gefallen.

Wie Jan Křen in seinem Geleitwort schreibt, fügen sich Kurals, Staněks<sup>2</sup> und Křens<sup>3</sup> Werk zu einer Gesamtdarstellung der tschechisch-deutschen Beziehungen seit der Entstehung der modernen Nationen. Eine Lücke gilt es allerdings noch zu füllen, nämlich die Zeit des Zweiten Weltkriegs; auch dies hat sich Kural vorgenommen. Am Manuskript seines Buches hat er in den langen Jahren des Berufsverbots, im Bauwesen der Wasserwerke, gearbeitet. In dieser Zeit war nicht nur der Zugang zu den Archiven versperrt, auch die Literatur war den Dissidenten nur zum Teil zugänglich. Das Fehlen englisch- und französischsprachiger Werke macht sich besonders in bezug auf die Schlußphase bemerkbar. Wie Kurals Werk zeigt, waren diese Jahre jedoch produktiv; sie führten zu einer Überprüfung traditioneller nationaler Positionen.

Düsseldorf

Detlef Brandes

<sup>2</sup> Staněk, Tomáš: Odsun Němců z Československa 1945–1947 [Der Abschied der Deutschen aus der Tschechoslowakei]. Praha 1991.

<sup>3</sup> Křen, Jan: Konfliktní společenství. Češi a Němci 1780–1918 [Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche]. Praha 1990.